

Argentinien ohne Ausweg?

Lähmungserscheinungen in Politik und Wirtschaft

Im Jahre 1910 erschien in Buenos Aires ein Buch, das Argentinien eine große imperialistische Zukunft an der Seite der europäischen Kolonialmächte verhieß. Bei fortschreitender Entwicklung, so schrieb José Ingenieros in „Die soziologische Evolution Argentiniens“, werde das Land bald die „Schutzherrschaft über die anderen amerikanischen Staaten“ übernehmen können. Dieser Auswuchs eines zur damaligen Zeit verbreiteten politischen Darwinismus war jedoch nicht, wie man heute vermuten könnte, Wunschdenken und politische Vision eines einzelnen, sondern Ausdruck der hohen Zukunftserwartungen insbesondere der damaligen argentinischen Oberschicht. Heute ist Argentinien von dieser Prophezeiung weiter entfernt als je zuvor. Das lateinamerikanische Land mit dem traditionell höchsten Bildungsstand und dem weitaus höchsten Lebensstandard ist politisch und wirtschaftlich heruntergekommen und erfährt von den wirtschaftlich aufstrebenden Nachbarländern Brasilien und Chile (die Ingenieros 1910 noch als mögliche Konkurrenten ausschloß) allmählich die Geringschätzung, die Argentinien aufgrund seines kulturellen und wirtschaftlichen Vorsprungs in jahrzehntelanger arroganter Manier dem übrigen Kontinent entgegenbrachte.

Wirtschaftskrise und Ausnahmezustand

Als größtes nationales Problem stellt sich heute die bereits 1970 beginnende wirtschaftliche Rezession dar. Die instabilen politischen Regime der siebziger Jahre (vgl. HK Dezember 1977, 629–634) haben diesen wirtschaftlichen Niedergang nicht aufhalten können. In diesem Jahr erlebt Argentinien erstmals wieder eine reale Arbeitslosigkeit; nach offiziellen Angaben lag sie Mitte des Jahres je nach Region zwischen 4 und 6 Prozent. Die dreimalige Abwertung der Landeswährung, zahlreiche Konkurse der hochverschuldeten einheimischen Unternehmen, Kapitalflucht und Investitionsangst sind die bedrohlichen Anzeichen einer tiefreichenden nationalen Wirtschaftskrise. Der seit März amtierende Nachfolger General Videlas, *Roberto Viola*, stößt in der Bevölkerung auf wachsende Kritik, weil die Ansätze zur Sanierung der Wirtschaft in diesem kurzen Zeitraum keine Erleichterungen, sondern im Gegenteil neue Engpässe gebracht haben. So stiegen die Lebenshaltungskosten allein im ersten Halbjahr 1981 um 47 Prozent; die im letzten Jahr auf 88 Prozent zurückgeschraubte Inflationsrate dürfte sich, wenn die Prognosen der Wirtschaftsexperten zutreffen, bis zum Jahresende nahezu verdoppeln, wenn nicht gar die 200-Prozent-Marke überschreiten. Der neue Wirtschaftsminister *Lorenzo J. Sigaut*, einer der einflußreichsten Männer der neuen politischen Führung, versucht mit einer Reihe von Maß-

nahmen, der Wirtschaft Impulse zu geben. Bis jetzt tendiert der neue Wirtschaftskurs aber zu einseitig auf eine Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, wozu auch die spektakulären Getreidelieferungen an die Sowjetunion nach dem US-amerikanischen Weizenembargo beitragen. Es bleibt abzuwarten, ob es dem Minister gelingt, die Binnenwirtschaft wieder auf die Beine zu bringen, insbesondere die Investitionsbereitschaft der angeschlagenen Unternehmen anzuregen.

Während von der Wirtschaftskrise alle reden, schreiben Politiker und Intellektuelle einmal mehr über die „argentinische Krise“, die die *gesamte Gesellschaft* erfaßt habe und die – folgt man diesen Betrachtungen – einer chronischen, schubweise auftretenden Krankheit vergleichbar ist. Die jüngste „argentinische Krise“ – seit den dreißiger Jahren Synonym für politisches Versagen und Rechtfertigung, wenn nicht Vorwand für Regierungstürze – begann sich abzuzeichnen, als in der zweiten Hälfte der Amtszeit von Präsident *Jorge Videla* die Diskrepanz zwischen der regierungsamtlichen Parole vom „Prozeß der nationalen Reorganisation“ und den tatsächlichen politischen Leistungen des Regimes immer offenkundiger wurde. Kohärenz zwischen politischem Anspruch und politischem Handeln kann man Videla in einem Punkt bestätigen: der *Bekämpfung des Terrors*, der bei seinem Amtsantritt und in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft Argentinien wie kein anderes lateinamerikanisches Land beherrschte. Angesichts der recht- und gnadenlosen Strategie der Terrorbekämpfung, die unschuldige Opfer ohne viel Skrupel in Kauf nahm, und angesichts der brutalen Gewalt, mit der Polizei und Militär vorgehen, kann man den Sieg des Regimes im „Schmutzigen Krieg“ gegen den Terror vielleicht als politischen, aber kaum als moralischen Erfolg werten.

Nach Angaben der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) sind in der Zeit der Terroristenverfolgung mindestens 5000 Menschen verschwunden; nach Schätzungen anderer Organisationen waren es um die 10000. Unter Berufung auf den Ausnahmezustand wurden im gleichen Zeitraum nach Angaben der CIDH mindestens 5000 Personen in Haft genommen, die Mehrzahl von ihnen ohne ordentliches Gerichtsverfahren. Von Gerichten verhängte Haftstrafen – nach Verfahren, durch die der *Anschein der Rechtsstaatlichkeit* gewahrt werden sollte – wurden in zahlreichen Fällen willkürlich verlängert. Die Behörden selbst gaben in einer Veröffentlichung vom Frühjahr 1981 an, wegen „subversiver und terroristischer“ Aktivitäten befänden sich zu diesem Zeitpunkt 989 Personen in Haft, von denen 373 rechtskräftig verurteilt seien. Demnach warten selbst nach offizieller Darstellung fast zwei Drittel der politischen Häftlinge – zum Teil seit Jahren – auf einen Prozeß.

Bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten noch vor seinem Amtsantritt hatte General Viola die *Methoden der Terrorismusbekämpfung* ausdrücklich verteidigt, aber immerhin die Veröffentlichung von „Totenlisten“ in Aussicht gestellt. Damit wäre die Regierung einer Forderung der „Madres de la Plaza de Mayo“ (einer Gruppe von Müttern und Ehefrauen der Verschwundenen, die sich einmal pro Woche zu einer friedlichen Demonstration vor dem Präsidentenpalais in Buenos Aires einfinden) nachgekommen, die sich auch innenpolitisch ausgezahlt hätte. Bisher hat der neue Präsident, dessen Ansehen sowohl in der Öffentlichkeit wie unter den regierenden Militärs vier Monate nach Amtsantritt deutlich geringer ist als das seines Vorgängers, nichts getan, um die Wunden des „Schmutzigen Krieges“ zu heilen.

Demokratisierung oder Festigung der Macht des Militärs?

Die noch von Videla in Aussicht gestellte Normalisierung des politischen Lebens wird auch von dem amtierenden Präsidenten wohl nur als Fernziel verstanden. Ein Signal in diese Richtung ist allenfalls die lockere *Anwendung des Versammlungsverbots* für die im „Rezeß“ befindlichen politischen Parteien. Da der *Ausnahmestand* unverändert aufrechterhalten wird, können die Grenzen für politische Aktivitäten beliebig eng gezogen werden. In dieser Situation ist es vor allem für die beiden großen Parteien – Peronisten und Radikale –, die sich auch intern in einem desolaten Zustand befinden, so gut wie unmöglich, sich neu zu formieren und in die Rolle einer oppositionellen Kraft hineinzuwachsen. Daß die Regierung derzeit eher geneigt ist, die von ihr selbst laut propagierte demokratische Öffnung zu verhindern, beweist der Fall der angesehenen Tageszeitung „La Prensa“, die sich immer stärker zur Stimme der Opposition entwickelt hat. Die lokale wie die Zentralregierung versuchten, dem Blatt durch Anzeigenboykott die wirtschaftliche Basis zu entziehen. Durch eine spontane Anzeigenaktion ihrer Leser und eine beträchtliche Auflagensteigerung (trotz einer Verteuerung des Blatts um ein Drittel erhöhte sich die Auflage um 40 Prozent) konnte sich „La Prensa“ über Wasser halten. Noch ist es für ein Urteil über die neue argentinische Führung zu früh, zumal die Entwicklung der Machtverhältnisse innerhalb der Junta noch nicht eindeutig abzusehen ist. Gegenüber seinem Vorgänger ist die Macht Violas durch die *institutionelle Aufwertung der Oberbefehlshaber der drei Teilstreitkräfte* eingeschränkt. Darüber hinaus scheint schon jetzt festzustehen, daß Viola über weniger Rückhalt bei den wichtigsten Militärs verfügt als sein Vorgänger. Gerüchte über eine mögliche Ablösung des Präsidenten vor Ende seiner bis 1984 dauernden Amtsperiode sind sicher nicht von ungefähr im Umlauf. Die Schwäche des jetzigen Präsidenten sollte jedoch nicht vorschnell als Krise des argentinischen Militärregimes gedeutet werden. Wenn auch die argentinischen Generäle weniger an der politischen Macht zu hängen scheinen als ihre chilenischen Kollegen, spricht einiges für die von

Friedensnobelpreisträger *Adolfo Perez Esquivel*, Vorsitzender des argentinischen „Servicio Paz y Justicia“, geäußerte Einschätzung der Lage: daß nämlich die Demokratisierungs- und Liberalisierungsversprechen der regierenden Militärs in erster Linie, wenn nicht ausschließlich die Perpetuierung ihrer Herrschaft zum Ziel haben (Vozes, April 1981, S. 33).

Vorsichtige Kritik der Bischöfe

Anfang Juli ließen die *katholischen Bischöfe* ein umfangreiches Dokument veröffentlichen, in dem sie zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Argentinien Stellung nehmen. Das Papier wurde bereits während der letzten Vollversammlung der Bischofskonferenz im Mai verabschiedet, aber dem Vernehmen nach aus politischen Rücksichten zunächst zurückgehalten. Unter dem Titel „Kirche und nationale Gemeinschaft“ richteten die Bischöfe ihr umfangreiches Lehrschreiben *an die Nation*, also ausdrücklich nicht allein an die katholischen Gläubigen, sondern an alle Bürger des Landes, insbesondere auch an die politisch Verantwortlichen, „denen wir unsere loyale und uneigennützigte Zusammenarbeit in den großen, die Nation betreffenden Fragen anbieten: der Gerechtigkeit, der Rechte der menschlichen Person, des Gemeinwohls, des Friedens und der Beteiligung aller Bürger an den sie berührenden Angelegenheiten“.

In dem mehr als 70 Seiten umfassenden Dokument tragen die Bischöfe die *Grundzüge der katholischen Soziallehre* vor und versuchen, sie den gesellschaftlichen und politischen Realitäten ihres Landes zu applizieren. Mit der Darstellung kirchlicher Lehraussagen wollen die Oberhirten einen grundlegenden Beitrag zur Bewältigung der auch von ihnen konstatierten nationalen Krise leisten.

Nach einem reichlich harmonistisch geratenen Überblick über die argentinische Geschichte benennt das Dokument einige positive und negative Faktoren, die die gegenwärtige Lage bestimmen. Diese Kategorisierung ist insofern beschönigend, als die positiv registrierten Entwicklungen wie z. B. die Integration der europäischen Einwanderer, der Aufbau eines demokratischen Staatswesens und im kirchlichen Bereich die Versorgung des Landes mit Priestern und Bischöfen längst Geschichte sind. Unter „negative Faktoren“ zählen die Bischöfe die „offensichtliche Autoritätskrise“ und die Gefährdung des Rechtsstaats auf. Dazu heißt es im Text: „Man hat vergessen, daß die Befolgung des Gesetzes gleich verpflichtend sowohl für die Inhaber der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Macht ist, wie für diejenigen, die nichts besitzen.“ Über die Bürgerrechte heißt es, sie müßten im Zuge der nationalen Aussöhnung wieder voll gewährleistet werden. Der (seit der Machtübernahme andauernde) Ausnahmestand dürfe einige der Menschenrechte *einschränken*, sie aber nicht außer Kraft setzen. Er solle aufgehoben werden, wenn sich die Lage normalisiert habe. Die sich anschließende Bemerkung, dazu seien Vorbereitung und Nachdenken notwendig, „damit eine reife politische Entscheidung zum geeigneten Zeit-

punkt garantiert ist“, schwächt den Eindruck, die Bischöfe drängten auf Wiederherstellung rechtsstaatlicher Zustände, wieder ab. In einer die Verurteilung der Verantwortlichen sorgsam vermeidenden Textstelle über den „Schmutzigen Krieg“ schreiben die Bischöfe, ohne die Fakten der Zerschlagung des Terrors mit wahllosen Mitteln überhaupt zu erwähnen: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel ... Die Verantwortlichen der noblen Staatsautorität, deren Pflicht es ist, die Gesellschaft – notfalls auch mit Gewalt – zu verteidigen, können sich nicht derselben irrationalen Methoden bedienen, die die subversive Gewalt anwendet.“

Als besonders drängende Sorgen des Volkes nennen die Bischöfe in dieser Reihenfolge: die wachsenden *wirtschaftlichen Schwierigkeiten*, die auch von den Medien betriebene Aufweichung der „Grundwerte unserer kulturellen Identität“ sowie „in besonderer Weise“ die *angstvolle Situation der Angehörigen von Verschwundenen* und ohne Prozeß oder über verbüßte Strafen hinaus Inhaftierten. Die Bischöfe fügen hinzu: „Dies bedeutet nicht, daß wir den Schmerz der Opfer des Terrorismus und der Subversion vergessen. Auch ihnen gilt unser Wort des Trostes und des Verständnisses.“

An mehreren Stellen wenden sich die Bischöfe gegen Versuche von staatlicher Seite, das für die argentinische Kirche in der Vergangenheit verhängnisvolle Staatskirchentum wiederaufleben zu lassen („Der Staat darf sich nicht in der Rolle des Schiedsrichters über das christliche Leben seiner Bürger fühlen, schon gar nicht darf er dem Irrtum verfallen, den Verkündigungsauftrag an sich zu ziehen und damit auch seine Realisierung planen, kontrollieren und beurteilen zu wollen. Noch schlimmer wäre es, die Ortskirche als Nationalkirche in den Dienst der weltlichen Macht zu stellen.“). Im Sinne einer *ganzheitlichen* Erziehung fordern die Bischöfe „Offenheit für die transzendente Dimension des Menschen“ in allen Bereichen des Bildungssystems, aber auch Garantien für die Erteilung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen.

So konkret wie in diesem Punkt wird das bischöfliche Dokument an kaum einer anderen Stelle. Fast immer sind die Aussagen so allgemein und grundsätzlich gehalten, daß der Bezug zur aktuellen argentinischen Situation selten zwingend erscheint. Bezeichnend für die vorsichtige, glättende Diktion der Stellungnahme sind die Abschnitte über die Demokratie und ihre politische Gestaltung. Ohne eindeutigen Bezug zur politischen Wirklichkeit des Landes beschränken sie sich im wesentlichen auf die Formulierung von Imperativen und die Aufzählung von möglichen Defiziten und Fehlentwicklungen. Mit der Schilderung einer solchen Fehlentwicklung, des „*staatlichen Autoritarismus*“, meinen die Bischöfe zwar das politische System ihres Landes, vermeiden aber auch hier jeden direkten Bezug. Im Text heißt es dazu: „Gewisse Formen des Autoritarismus sind mit einer wirklichen Demokratie nicht vereinbar ... Der politische Autoritarismus beruht auf einem Vorurteil der Diskriminierung: auf der irrigen Annahme, daß allein eine Gruppe oder eine Person auf-

grund ihrer intellektuellen oder moralischen Fähigkeiten zur Führung der Nation und damit zur Wahrnehmung der Regierungsautorität geeignet und berechtigt ist. In seiner extremen Form schließt der Autoritarismus die Demokratie aus und fällt in die Diktatur, manchmal stellt er sich als Versuch dar, sich der Demokratie anzupassen, wenn er dabei auch verschiedene Formen politischer Mitwirkung nicht zuläßt.“

Für die Wahl der Ausdrucksform, d. h. für die indirekte Sprache und die zahlreichen allgemein gehaltenen Formulierungen, mag angesichts der schwierigen politischen Situation noch einiges sprechen. Problematischer ist, daß die Bischöfe auf einen die politische und gesellschaftliche Situation Argentinens analysierenden Teil, wie ihn etwa das Schlußdokument von Puebla für den gesamten Subkontinent enthält, verzichtet haben. Eine solche Darstellung hätte die lehrhaften Aussagen mit einem realistischen Bild der Lage konfrontieren können und damit wahrscheinlich eine größere Wirkung gezeigt als eine betont kritische oder gar polemische Beurteilung des gegenwärtigen Regimes. Daß General Viola das bischöfliche Dokument formell begrüßt hat, ist ein Zeichen dafür, daß es mit seiner Situationsferne bei den politisch Verantwortlichen keine große Betroffenheit auslösen konnte.

Uneingeschränkt positiv zu werten ist die Tatsache, daß die argentinischen Bischöfe sich in der derzeitigen nationalen Krise überhaupt zu einer gemeinsamen Stellungnahme entschlossen haben. Die Mehrheit des Episkopats ist im Gegensatz zu anderen Bischofskonferenzen Lateinamerikas nach wie vor stark auf die innerkirchliche Thematik fixiert und war bisher selten geneigt, in politischen Dingen öffentlich Position zu beziehen. Inhaltlich wird diese *Neigung zu politischer Abstinenz* im Dokument erneut spürbar, wo es um die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche geht. Mehrmals trennen die Bischöfe streng zwischen dem Auftrag der Hierarchie und dem der Laien. Einerseits erwarten sie die Umsetzung des christlichen Weltauftrags von den Laien, und zwar „in voller Harmonie und Einheit mit ihren Oberhirten“; andererseits werden die Laien ermahnt, sich bei ihren politischen Aktivitäten nicht auf die kirchliche Autorität als Legitimationsinstanz zu berufen. Damit werden andere Akzente gesetzt als in den am Leitbild der Volkskirche ausgerichteten Erklärungen etwa der brasilianischen Bischöfe.

Bemerkenswert an dem Dokument ist der Nachdruck, mit dem die Bischöfe ihre Landsleute zu *staatsbürgerlichem Engagement* aufrufen. So heißt es an einer Stelle fast pathetisch: „Die Zeiten, die wir durchleben, verlangen nach großzügigen Männern und Frauen, die ihr Bestes für das Vaterland geben.“ Notwendig und zeitgerecht ist auch der Aufruf der Bischöfe, sich wieder auf kulturelle Werte und ethische Orientierungen zu besinnen, „damit es nicht weiter durch permanente Umbrüche zur vollständigen Entwurzelung des Volkes kommt“. Mit der *starken Akzentuierung der nationalen Kultur* und Identität scheinen die Bischöfe von der konflikträchtigen Polarisierung kapitalistisch-liberalistischer und sozialistischer Ideologien

wegführen zu wollen in Richtung auf einen dritten eigenständigen Weg. Diesem Gedanken entspricht auch ihre Warnung vor „übertriebener Anpassung an auswärtige Geistesströmungen“.

Defizite im Verhältnis Bürger–Staat

Das Identitätsbewußtsein, an das die Bischöfe appellieren, ist nach Ansicht lateinamerikanischer Gesellschaftsanalytiker im argentinischen Volk jedoch besonders schwach entwickelt. Der latente Dualismus in der Führungsschicht zwischen alteingesessenen (spanischstämmigen) Grundbesitzern und den europäischen Einwanderern des letzten Jahrhunderts, Mitbegründern des modernen Argentiniens, behindert das Entstehen einer national gesonnenen Elite, die auch politische Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Die Eliten Argentiniens tendieren spätestens seit der letzten Machtübernahme der Militärs zur Emigration oder zum Privatisieren. Der starke italienischstämmige Bevölkerungsanteil mag mit dazu beitragen, daß in Argentinien dem Ursprungsland in mancher Hinsicht vergleichbare Defizite im Verhältnis von Bürger und Staat auftreten. Auch die Zeiten nationaler Prosperität haben den Gemeinschaftssinn unter den Argenti-

niern wenig gedeihen lassen, da dieser Wohlstand nicht hart errungen und weniger das Ergebnis gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen als eine Folge reicher Naturvorkommen und günstiger ökonomischer Konstellationen war. Der für lateinamerikanische Verhältnisse sehr hohe Lebensstandard hat bezeichnenderweise nicht das echte Nationalgefühl gestärkt, sondern – vielleicht der Entwicklung in der Bundesrepublik der fünfziger und frühen sechziger Jahre vergleichbar – chauvinistische Tendenzen geschürt. Unter der autoritären Herrschaft politisch ambitionierter Militärs werden erfahrungsgemäß Passivität und Lethargie in der Bevölkerung gefördert. Dies trifft auch für Argentinien zu. Die chilenische Jesuitenzeitschrift „Mensaje“ zieht in einem Beitrag über die argentinische Krise (Juli 1981) ein pessimistisches Resümee: „Die Tragödie (Argentiniens) besteht darin, daß dort ein Prozeß zum Äußersten gediehen ist, der sich auch in anderen lateinamerikanischen Ländern manifestiert: die Völker werden zum Großen Stummen, dem die Schritte eines pseudodemokratischen Tanzes vorgeführt werden. Hinter den Gestalten des Autoritarismus verbirgt sich das Wesen der Tyrannei; eine – in jedem Land wirksame – ausgezeichnete Methode, den Gemeinschaftssinn und die Solidarität eines Volkes auszulöschen.“

Gabriele Burchardt

Tagungen

Fernsehbild und Wirklichkeit

Zu den Hohenheimer Medientagen 1981

Wie Ereigniswirklichkeit in Medienrealität umgesetzt wird, darum ging es bei den letzten Hohenheimer Medientagen der Katholischen Akademie Stuttgart (vom 24. bis 26. Juni) über Ethik und Kommunikation, diesmal zugespitzt auf das Thema „Fernsehbild und Wirklichkeit“. Wie wirklich ist denn eigentlich die „Wirklichkeit“ im Fernsehen? Und wie muß man mit diesem Medium umgehen, damit nicht durch die technisch vermittelte Kommunikation, vor allem wenn sie im Bild wirksam wird, der einzelne vom realen Leben abgelenkt wird?

Mit solchen Fragen konfrontiert, fiel einem die Karikatur vom guten Cowboy ein, der einen Westernfilm am Fernsehen sieht und plötzlich seinen Colt zieht, auf den bösen Schurken zu schießen. Die *Grenzverwischungen zwischen Schein und Wirklichkeit* beim Medium Fernsehen sind uns von Kindern geläufig; sie wissen nicht klar zwischen beiden zu unterscheiden. Aber auch für Erwachsene ist erwiesen, daß die Bildwelt des Fernsehens die Vorstellung der Menschen von der Realität entscheidend mitprägt. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen steht ganz besonders unter diesem Anspruch, jedem ein möglichst

wirklichkeits- und wahrheitsgerechtes Bild des Lebens in der heutigen Gesellschaft zu vermitteln. „Häufig aber ist festzustellen“, so formulierte es die Hohenheimer Einladung, „daß die Medien das Gegenteil bewirken. Sie tragen nicht gerade dazu bei, daß eine ganzheitliche Sicht von Welt ermöglicht wird, da die Realität durch die Verzierwelt der Medienwirklichkeit verkürzt, der Ereigniszusammenhang verzerrt und der Mensch damit in Verflachung und Vordergründigkeit geraten kann.“

Authentizitätsgläubigkeit mit Einbußen

Generell zeigt sich gegenwärtig eine Ernüchterung gegenüber dem anfangs euphorisch eingeschätzten Fernsehen. Trotz dieses Normalisierungsprozesses liegt das Fernsehen demoskopisch in seiner Glaubwürdigkeit mit 66 Prozent (1980) noch immer weit vor dem Hörfunk und der Tageszeitung mit jeweils 14 Prozent. Gefragt wurde in einer Trenduntersuchung: „Welchem Medium glaubt